

# Diskussionspapier

Forschungsgruppe Sicherheitspolitik  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Anne Finger*

## Russland und das iranische Atomprogramm

Moskaus widerstreitende Interessen

FG3-DP 10  
Juli 2007  
Berlin

# Inhalt

## SWP

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Diskussionspapiere sind  
Arbeiten im Feld der For-  
schungsgruppe, die nicht  
als SWP-Papiere heraus-  
gegeben werden. Dabei kann  
es sich um Vorstudien zu  
späteren SWP-Arbeiten  
handeln oder um Arbeiten,  
die woanders veröffentlicht  
werden. Kritische Kommen-  
tare sind den Autoren in  
jedem Fall willkommen.

Einleitung 3

„Strategische“ Interessen Russlands 3

Wirtschaftliche Interessen Russlands 5

*Russische Rüstungsexporte und -expertise* 5

*Kooperation im Bereich der zivilen Nukleartechnologie* 7

Schlussbetrachtungen 8

## Einleitung

Russland ist neben den USA, den EU-3 und China wichtigster Akteur im Konflikt um das iranische Atomprogramm. Aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Iran ist es in der Lage, erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsträger in Teheran auszuüben. Gleichzeitig kann es über sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, auf Iran über die Androhung oder Verhängung von Sanktionen Druck auszuüben, blockieren. Der Ausgang des Konflikts um das iranische Atomprogramm hängt daher wesentlich von der politischen Führung in Moskau ab.

Dabei wäre ein geschlossenes Vorgehen gegenüber Iran geboten, da Teheran seine Bemühungen um einen vollständigen Brennstoffkreislauf allen Anzeichen nach nicht nur ungerührt fortzuführen, sondern sogar noch zu beschleunigen scheint: Im IAEO-Bericht vom 23. Mai 2007 wird unter anderem festgestellt, dass in der unterirdischen Urananreicherungsanlage von Natanz mittlerweile acht Kaskaden à 164 Maschinen in Betrieb sind, zwei weitere kurz davor stehen und noch einmal drei sich im Aufbau befinden.<sup>1</sup>

Russlands Position gegenüber Iran ist widersprüchlich: Zum einen hat Moskau kein Interesse an einer Atommacht Iran nahe seiner südlichen Landesgrenze. Zum anderen versucht es, die angeschlagene Position der USA seit dem zweiten Irakkrieg 2003 im Nahen und Mittleren Osten dazu zu nutzen, Einfluss und Absatzmärkte in der Region zurückzugewinnen bzw. auszubauen.

Russlands Politik gegenüber Iran ist daher in den vergangenen Jahren ein stetiger Balanceakt gewesen: zwischen dem Bemühen, eine mögliche nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern und dem konsequenten Verfolgen widerstreitender politischer und wirtschaftlicher Interessen. Um diese möglichst uneingeschränkt wahrnehmen zu können, ist Moskau stets daran gelegen gewesen, eine Eskalation des Konflikts um das iranische Atomprogramm zu verhindern. So bemühte sich die russische Führung zunächst darum, eine Befassung des UN-Sicherheitsrats mit dem iranischen Atomprogramm abzuwenden. Als die USA und Europa im Laufe des Jahres 2006 versuchten, den Druck auf Teheran zu erhöhen, blockierte Russland die Verhängung von Sanktionen. Erst im Dezember 2006 konnte der UN-Sicherheitsrat mit Zustimmung

<sup>1</sup> Bericht GOV/2007/8, freigegeben am 14.06.2007.

Russlands die Resolution 1737 nach Kapitel VII, Art. 41 verabschieden, die Sanktionen gegen Iran verhängt.<sup>2</sup> Ebenso wie bei der darauf folgenden Resolution 1747 vom März 2007 wirkte Moskau jedoch darauf hin, die enthaltenen Sanktionen möglichst schwach ausfallen zu lassen.<sup>3</sup>

Welches sind also die maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Interessen, die Moskaus Vorgehen im Streit um das iranische Atomprogramm beeinflussen und einem entschlosseneren Vorgehen vermutlich auch in der nächsten Zeit entgegenstehen?

## „Strategische“ Interessen Russlands

Russlands internationales Gewicht besteht im Wesentlichen aus seinem Status als Atommacht und seiner ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Um den eigenen internationalen Einfluss zu wahren, hat Moskau daher ein elementares Interesse daran, den Kreis der Kernwaffenstaaten möglichst klein zu halten und den UN-Sicherheitsrat als eine Institution zu verteidigen, in der Russland das gleiche Gewicht wie den übrigen Mitgliedern (insbesondere den USA) zukommt.

Gleichzeitig strebt Russland nach eigenen Angaben eine „multipolare Weltordnung“ an, die dem zunehmenden Unilateralismus der USA durch die Kooperation mit anderen zentralen Akteuren wie der EU, China, Indien oder auch Japan Grenzen setzen soll.

Durch den Machtzuwachs, den Russland im vergangenen halben Jahrzehnt erfahren hat, haben sich die Ansprüche, die Präsident Wladimir Putin stellt, verändert: Russland soll als internationale Ordnungs- und Großmacht in die internationale Politik zurückkehren, Ansehen als Mittler und Konfliktschlichter gewinnen und vor allem von den USA und Europa als gleichberechtigter Partner wahrgenommen und berücksichtigt werden. Ursache für die günstigeren Machtkonstellationen ist vor allem das wirtschaftliche Wiedererstarken des Landes: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kollabierte Russland auch wirtschaftlich<sup>4</sup>; seit 2003 konsolidiert sich die russi-

<sup>2</sup> Resolution S/RES/1737 (2006). Die Sanktionen betreffen Material, Ausrüstung oder Technologien, die zur Urananreicherung oder zum Bau eines Schwerwasserreaktors dienen können. Außerdem wurden Reisebeschränkungen verfügt sowie Vermögen von Personen eingefroren, die mit dem Atomprogramm befasst sind.

<sup>3</sup> Resolution S/RES/1747 (2007).

<sup>4</sup> Noch im Jahr 2001 war Russlands Bruttoinlandsprodukt

sche Wirtschaft dank hoher Öl- und Gaspreise jedoch kontinuierlich. Im August 2006 konnte Moskau vorzeitig die letzte Rate seiner Schulden an die Länder des Pariser Clubs zurückzahlen. Auch der Verfall des Militärs konnte durch die verbesserte Haushaltslage mittlerweile aufgefangen werden – zwischen 2000 und 2006 wurden die zuvor rückläufigen Verteidigungsausgaben nach Angaben des Kremls vervierfacht. Nicht zuletzt profitiert Russland von der Schwächung der USA in Folge des Irakkriegs.

Außerdem hat Putins Geschick, die patrimonialen Strukturen des russischen politischen Systems zu nutzen, zum Machtzuwachs beigetragen. Zwar nehmen das militärische und diplomatische Establishment sowie finanzkräftige Wirtschaftsoligarchen weiterhin maßgeblich Einfluss auf die Gestaltung der Außenpolitik. Kennzeichnend ist die politische Kontrolle der ökonomischen Ressourcen, welche eine fortwährende „Versorgung“ der Klientelstrukturen sicherstellt. An der Spitze des politischen Systems kommt es jedoch Putin zu, die Interessen der rivalisierenden „Clans“ zu berücksichtigen. Dabei ist es ihm in den vergangenen Jahren gelungen, wichtige Positionen, sowohl in der Regierung als auch in der Wirtschaft, mit eigenen Gefolgsleuten zu besetzen.<sup>5</sup> Als Beispiele seien der Entwicklungs- und Wirtschaftsminister German Gref, der stellvertretende Premierminister und gleichzeitige Vorsitzende des Aufsichtsrats von *Gazprom* Dimitri Medwedew sowie der Präsident von *Gazprom* Alexei Miller und Igor Sechin, stellvertretender Leiter der präsidentiellen Verwaltung und Vorstandsmitglied bei *Rosneft* (staatlicher Ölkonzern) genannt. Auch das Schlüsselunternehmen *Atomstroieksport* (im Bereich Nukleartechnologie), das Rüstungsunternehmen *Rosoboronexport* und der Flugzeughersteller *Sukhoi* werden vollständig von staatlicher Seite kontrolliert und von Putin-Getreuen geleitet.

Um als international agierender Akteur auf die Weltbühne zurückzukommen und den Einfluss der USA einzuhegen, hat Putin den Nahen und Mittleren Osten als ein zentrales Handlungsfeld auserkoren.<sup>6</sup> In

(BIP) mit dem Belgiens oder Mexikos vergleichbar. Das entsprach einem Anteil am globalen BIP von 2,4 Prozent im Vergleich zu 21 Prozent der USA, 20 der EU, 12,5 Chinas und 7,5 Japans.

<sup>5</sup> Vgl. Celeste A. Wallander, *Russian Transimperialism and Its Implications*, in: *The Washington Quarterly*, 30 (Spring 2007) 2, S. 107-122, hier S. 116.

<sup>6</sup> Vgl. Stephen Blank, »Russia and the US in the Middle East: Policies and Contexts«, *Conflict Studies Research Centre*, Juni 2006, CSRC Middle East Series 06/27, S. 1-20.

diesem Zusammenhang sieht Russland in Iran einen wichtigen Partner, um ein Vordringen der USA im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralasien und im Kaukasus abzuwehren – Gebiete, die Moskau als traditionelles Einflussgebiet ansieht.

Russland und Iran verbindet laut Aussagen beider Seiten eine enge „strategische“ Partnerschaft. Wie eng die Beziehungen beider Länder tatsächlich sind und inwiefern die Bezeichnung „strategisch“ zutrifft, ist jedoch fraglich.

Nicht zu bestreiten ist, dass Iran vor allem als Anrainerstaat des nach unterschiedlichen Schätzungen an Ölvorkommen reichen Kaspischen Meeres für Moskau von Bedeutung ist.

Zwar besteht zwischen den fünf Anrainerstaaten (Aserbaidshon, Iran, Kasachstan, Russland, Turkmenistan) noch immer Uneinigkeit über den legalen Status des Gewässers sowie über seine Aufteilung.<sup>7</sup> Allerdings möchte Russland Iran zur Teilnahme an der geplanten *Caspian Sea Security Organization* bewegen, die eine militärische Kontrolle des Kaspischen Meeres in Form gemeinsamer Marineverbände unter russischer Führung vorsieht.

Auch zur Teilnahme an der *Shanghai Cooperation Organization* hat die russische Führung Iran eingeladen, der bei der Organisation seit 2005 einen Beobachterstatus einnimmt. Diese ist von Russland jedoch in erster Linie gegründet worden, um – z.B. im Bereich der Terrorismusbekämpfung – verstärkt mit China kooperieren und auf diese Weise ein größeres Gegengewicht zu den USA bilden zu können.<sup>8</sup>

Die bereits bestehenden langjährigen Beziehungen zu Teheran möchte Moskau beibehalten bzw. weiter ausbauen und zudem die vorhandenen gemeinsamen Interessen wahren. Beide Länder sind gegen einen NATO-Beitritt Georgiens und Aserbaidshans. Außerdem hat sich Teheran gegenüber Konflikten Russlands, bei denen wie in Tschetschenien die muslimische Bevölkerung betroffen ist, stets auffällig zurückgehalten. In Tadschikistan war es an der Vermittlung eines politischen Abkommens beteiligt.<sup>9</sup> Im Fall Afghanistan war beiden Ländern daran gelegen, gegen die Taliban vorzugehen. In jedem Fall ist Iran ein

<sup>7</sup> Iran ist für eine Aufteilung in gleiche Fünftel, obwohl sein Anteil an der Küste nur etwa 12 Prozent beträgt.

<sup>8</sup> Vgl. Murat Laumulin, »The Shanghai Cooperation Organization as “Geopolitical Bluff”? A View from Astana«, *Institut français des relations internationales*, Juli 2006, S. 1-18.

<sup>9</sup> Die Tadschiken sind ein iranisches Volk. Nach der Erklärung der Unabhängigkeit 1991 fiel das Land zunächst in einen Bürgerkrieg.

wichtiger Garant der Status quo im Kaukasus und in Zentralasien.

Zum Ausdruck kommen Putins Ambitionen im Persischen Golf auch in seiner Reise zu Beginn dieses Jahres nach Saudi-Arabien, Katar und Jordanien, bei der Verhandlungen über den Bau von Kernkraftwerken durch Russland auf der Tagesordnung standen. Alle drei Länder haben traditionell gute Beziehungen zum Westen, stehen nicht in Russlands Einflussbereich, zeigen sich jetzt jedoch am Aufbau von Beziehungen interessiert. Ihr Anliegen ist es, sowohl ein Dominieren des Nahen und Mittleren Ostens durch die USA als auch durch Iran zu verhindern.

Ein wesentliches Anliegen Russland ist es, jede Form eines militärischen Vorgehens seitens der USA oder Israels gegen Teheran zu verhindern. Moskau argumentiert, die bestehenden Anlagen könnten nicht wirksam genug getroffen werden. Entscheidender dürfte allerdings die Sorge vor einer Destabilisierung der Region sein. Bei den notwendigen massiven Luft- und Raketenangriffen bräche vermutlich Chaos im Land aus. Schlimmstenfalls könnte es zu einem Auseinanderfallen des Staates entlang ethnischer Trennlinien kommen. Aus russischer Sicht wären derartige Entwicklungen alles andere als wünschenswert.<sup>10</sup> Ein aufkeimender schiitischer Extremismus und Terrorismus könnte schnell auch die Grenzen Russlands bzw. Gebiete von wesentlichem Interesse betreffen. Vermutlich käme es im Falle eines Krieges zu vielen Millionen Flüchtlingen in den Kaukasus und bis nach Russland hinein.

Wenig erstrebenswert wäre aus russischer Sicht auch ein Regimewechsel, eine Ablösung durch eine moderatere, eher pro-westliche Regierung, bestehend aus politischen und ökonomischen Realisten. In diesem Fall wäre eine Wiederannäherung Irans an den Westen nicht unwahrscheinlich, was die strategische Position Moskaus vermutlich erheblich einschränken würde.

## Wirtschaftliche Interessen Russlands

Neben den politischen hat Russland nicht unerhebliche wirtschaftliche Interessen in Iran.

Während der Handel zwischen Russland und Iran im Jahr 2005 ein Rekordvolumen von zwei Milliarden

<sup>10</sup> So sind Bestrebungen der Aseribevölkerung nicht unwahrscheinlich, sich mit den Aseri in Aserbaidschan zu einem gemeinsamen Staat zusammenzuschließen.

US-Dollar erreichte<sup>11</sup>, gehen Schätzungen für das Jahr 2006 allerdings von einem Rückgang aus – ein mögliches Anzeichen für eine zunehmend zurückhaltende Wirtschaftspolitik Russlands gegenüber Iran.<sup>12</sup>

Sicherlich ist aus russischer Sicht der Öl- und Gassektor eines der wichtigsten Kooperationsfelder beider Länder.<sup>13</sup> Dabei besteht vor allem ein großes Interesse an der Erschließung iranischer Erdöl- und Gasvorkommen. 1997 kam es zu einem Vertrag mit *Gazprom* (sowie der französischen Firma *Total*) zur Erschließung des *South Pars Fields*. Darüber hinaus ist Russland an Absprachen über Preise und Fördermengen gelegen – wobei Russland wirtschaftlich profitiert, wenn aufgrund der Krise die Öl- und Gaspreise steigen.

Direkt für das iranische Atomprogramm von Belang sind russische Rüstungsexporte und -expertise sowie die Kooperation im Bereich der zivilen Nukleartechnologie, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird.

## Russische Rüstungsexporte und -expertise

In der Zeit von 1995 bis 2005 hat Iran laut den Angaben des *Stockholm International Peace Research Institutes* über 70% seiner Waffenimporte aus Russland bezogen. Damit ist Teheran – mit einigem Abstand – nach China und Indien Russlands drittgrößter Abnehmer von Rüstungsgütern. Bereits zwischen 1989 und 1991 wurde eine Reihe von Verträgen über die Lieferung von MIG-29 und SU-24 Kampfflugzeugen<sup>14</sup>, S-200-Abwehrsystemen, drei U-Booten der Kiloklasse, hunderterten von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen (von denen jedoch nur ein Teil der ursprünglich geplanten Anzahl tatsächlich geliefert worden ist) sowie verschiedenster Munition abgeschlossen. Ein Großteil der

<sup>11</sup> Vgl. Robert Freedman, »Russia, Iran and the Nuclear Question: the Putin Record«, Strategic Studies Institute, November 2006, S. 1-54.

<sup>12</sup> Jedenfalls im ersten Quartal 2006 ist der russisch-iranische Handel im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte zurückgegangen.

<sup>13</sup> Die kommerziellen Interessen Teherans liegen hingegen schon seit geraumer Zeit vorrangig im asiatischen Raum. Entsprechend ist die Reise des Außenministers Mottaki nach Tokio, Bangkok und Jakarta einzuordnen – die Energiegeschäfte der Zukunft erwartet Iran auf diesen Märkten, nicht in Russland, das selbst über genügend Öl und Gas verfügt. Vgl. Markus Ziener, »Teheraner Theater«, in: *Handelsblatt*, 28.02.06.

<sup>14</sup> Es handelt sich um die Exportversion SU-24 MK mit einer einfacheren Avionik.

Exporte erfolgte noch in der Regierungszeit Präsident Boris Jelzins (1991 – 1999). Nachdem unter Jelzin im Jahr 1995 das so genannte Gore-Chernomydin-Abkommen geschlossen worden war, das ein Ende russischer Waffenlieferungen nach Erfüllung der bestehenden Verträge bis 1999 vorsah, kündigte Präsident Putin diese Übereinkunft nach seiner Wahl im Jahr 2000 wieder auf. Schon 2001 wurden die Waffenexporte an Iran wieder aufgenommen. Allerdings beschränkten sie sich im Wesentlichen zunächst auf die Lieferung einiger Transporthubschrauber und Übungsflugzeuge für Bodenangriffe.<sup>15</sup>

Ende Juli 2006 schlossen die beiden Länder zudem einen Vertrag über die Reparatur und Modernisierung der vorhandenen iranischen SU-24.

In Bezug auf das iranische Atomprogramm sind russische Rüstungsexporte in zweierlei Hinsicht von besonderer Relevanz. Zum einen bei der Lieferung von Komponenten, Ausrüstung und Technologie für Trägersystemen sowie bei der Vermittlung von Expertise für deren Entwicklung. Zum anderen stehen Lieferungen von Abwehrsystemen unter Kritik, mit deren Hilfe Iran seine Anlagen des Atomprogramms gegen etwaige Luftangriffe zu schützen versuchen könnte.

Das iranische Raketenprogramm ist vor dem Hintergrund des iranisch-irakischen Krieges (1980 – 1988) entstanden, in dem Saddam Hussein unterschiedliche Raketen gegen Iran einsetzte. Teheran ging es darum, eine eigene Abschreckungsfähigkeit aufzubauen. Hilfe erhielt Iran aus China und Nordkorea, das russische Scud-B- (Reichweite 300 km) und Scud-C-Raketen (Reichweite 500 km) lieferte. Zusätzlich gewann Teheran Fachleute aus der ehemaligen Sowjetunion, die fortan mitwirkten, eine eigene Produktionslinie für Scud-Raketen aufzubauen. Diese Scud-B- und -C-Raketen werden in Iran als Shahab-1 und -2 bezeichnet. Allem Anschein nach wird russische Technologie auch bei der Entwicklung der Mittelstreckenraketen Shahab-3 (ca. 1600 km Reichweite) sowie der geplanten Shahab-4 (angestrebte Reichweite bis zu 3000 km) verwendet.<sup>16</sup>

Offiziell hat Russland stets betont, dass keine bedeutenden Lieferungen von Raketentechnologie an Iran erfolgt wären, das *Missile Technology Control Regime* (MTCR) eingehalten werde. Allerdings wird bestätigt, dass einzelne russische Staatsbürger an iranischen Raketenprogrammen beteiligt sind. Es ist bekannt, dass Spezialisten russischer Rüstungsunternehmen zu Besuchen in Iran waren, außerdem werden iranische Studenten an russischen Instituten in Raketentechnologie ausgebildet.<sup>17</sup>

Die missliche finanzielle Lage der meisten russischen Unternehmen, die Technologien für ballistische Raketen vertreiben, trägt wesentlich zu einem erhöhten Proliferationsrisiko bei, das durch eine unzureichende Überwachung und Durchführung von Exportkontrollen noch erhöht wird. Dabei geht es weniger um die Lieferung kompletter ballistischer Raketen, sondern vielmehr um schwer zu entwickelnde Lenk- und Antriebssysteme bzw. deren Komponenten wie höherfeste Stähle oder spezielle Metalllegierungen. Großes Interesse besteht außerdem an Maschinen und Zubehör für die Produktion sowie an Testequipment.

Auffälligerweise hat Putin im September 2006 verfügt, dass nur noch das russische Staatsunternehmen *Rosoboronexport* berechtigt ist, fertigerzeugnisse ins Ausland zu liefern.<sup>18</sup> Die politische Führung ist offensichtlich um ein höheres Maß an Kontrolle bemüht.

Eine andere Frage ist die Lieferung von Abwehrsystemen zum Schutz iranischer Anlagen des Atomprogramms. Wie bereits im Frühjahr 2006 angekündigt, lieferte Moskau trotz der zugespitzten Lage im Dezember 2006 Flugabwehrraketen des Typs Tor-M1 im Wert von 700 Millionen US-Dollar und bestätigte auch eine entsprechende Einweisung iranischer Offiziere in die Systeme.

Gleichzeitig betonten russische Regierungsvertreter, die gelieferten Systeme dienten allein der Verteidigung. Russland habe sich stets auferlegt, nur solche Rüstungsgüter zu liefern, die die Stabilität und das Gleichgewicht in der Region nicht gefährden können.<sup>19</sup> In der Tat sind die gelieferten Systeme nicht in der Lage, einen möglichen amerikanischen oder israel-

<sup>15</sup> Eine detaillierte Übersicht russischer Waffenlieferungen findet sich in der SWP-Studie von Hannes Adomeit, »Russlands Iran-Politik unter Putin«, Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Studie S 8, Berlin 2007, S. 22.

<sup>16</sup> Vgl. Michael Eisenstadt, »Russian Arms and Technology Transfers to Iran: Policy Challenges for the United States«, in: *Arms Control Today*, März 2001, Arms Control Association. [http://www.armscontrol.org/act/2001\\_03/eisenstadt.asp](http://www.armscontrol.org/act/2001_03/eisenstadt.asp) (eingesehen am 22.06.2007).

<sup>17</sup> Vgl. Hannes Adomeit, »Russlands Iran-Politik unter Putin«, [wie FN 27].

<sup>18</sup> Anderen russischen Unternehmen bleibt es lediglich erlaubt, Ersatzteile zu liefern sowie die Wartung und Pflege bereits verkaufter Technik zu betreiben. Vgl. »Rosoboronexport bekommt vom Kreml eine Carte Blanche«, in: *RIA Novosti*, 22.01.2007.

<sup>19</sup> Vgl. »Russia completes 700-million-dollar arms contract with Iran«, in: *Pravda.Ru*, 23.01.2007.

lischen Luftangriff wesentlich zu gefährden. Immer wieder kursieren auch Medienberichte über den möglichen Verkauf von S-300 Luftabwehrraketen (Langstreckensystem), der in näherer Zukunft anstehen könnte; sie sind jedoch als bloße Spekulationen einzuschätzen.

### **Kooperation im Bereich der zivilen Nukleartechnologie**

Als Putin im Jahr 2000 zum russischen Präsidenten gewählt worden war, erklärte er es zu einem Ziel seiner Amtszeit, die russische Nuklearindustrie zu modernisieren und über lukrative Technologieexporte zu einer neuen Blüte zu führen.<sup>20</sup> Bereits Ende 1995 hatte *Atomstroieksport*, ein zu großen Teilen in russischem Staatsbesitz befindliches Unternehmen, den Bau eines Leichtwasserreaktors im iranischen Bushehr übernommen. Dieser war 20 Jahre zuvor von der deutschen Firma Kraftwerk Union begonnen, jedoch 1979 im Zuge der iranischen Revolution eingestellt und während des Iran–Irak-Krieges stark beschädigt worden. Unter der Leitung der russischen Atomenergiebehörde *Rosatom* wurde der Bau eines Leichtwasserreaktors (mit einer Bruttoleistung von 1000 MW) vereinbart. Das Geschäftsvolumen beträgt 800 Millionen US-Dollar. Unter Putin befürwortete Russland 2002 darüber hinaus einen zehnjährigen Kooperationsplan, der fünf neue Reaktoren in Bushehr und eine weitere Anlage in Ahvaz vorsieht.

Ursprünglich war die Inbetriebnahme der Anlage in Bushehr für 2003 vorgesehen, ein um das andere Mal wurde sie jedoch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Zuletzt war für die Fertigstellung November 2007 angestrebt, dieser Termin ist mittlerweile jedoch ebenfalls unwahrscheinlich geworden. Im Januar dieses Jahres meldete Russland, die für März vorgesehene Lieferung von Brennstoffstäben werde sich wegen Zahlungsschwierigkeiten Irans bzw. fehlenden Zulieferungen aus anderen Ländern wie der Ukraine auf unbestimmte Zeit verschieben.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> Vgl. Nikolai Sokow, »Reform of Russian Nuclear Industry Takes Shape«, in: *WMD Insights*, April 2006.

<sup>21</sup> Laut *Atomstroieksport* stehen zwei Raten in Höhe von 25 Millionen US-Dollar aus. Angeblich soll es Iran mittlerweile Probleme bereiten, diese in US-Dollars zu begleichen, der Euro ist jedoch in den Verträgen nicht als Zahlungsmittel vorgesehen. Tatsächlich hält Iran laut Aussagen von Ebrahim Sheibany, Direktor der iranischen Zentralbank, nur noch 20 Prozent seiner ausländischen Devisenrücklagen in Dollar, im

Es lässt sich mittlerweile der Verdacht nicht mehr von der Hand weisen, Russland verzögere die Fertigstellung der Anlage bewusst. Zum einen handelt es sich dabei sicher um ein Zugeständnis an die USA und die Europäer, zum anderen ist das Hinausschieben der Inbetriebnahme sowie der Lieferung von Brennstoff offenbar dem eigenen Unbehagen über die Entwicklung der iranischen Bemühungen und Äußerungen geschuldet.

Mitte März 2007 wurde bekannt, dass bis zu 2000 an der Anlage in Bushehr arbeitende russische Spezialisten abgezogen worden waren – offiziell argumentierte Moskau auch hier mit ausstehenden Zahlungen Irans.<sup>22</sup> Aufhorchen lassen zudem Äußerungen des Hauptgeschäftsführers von *Atomstroieksport*, Sergej Shmatko. Dieser sagte Anfang Juni, das Geschäft mit Iran sei aufgrund steigender Stahlpreise und dem mittlerweile nur noch geringen Bedarf an hochqualifizierter Arbeit für seine Firma nicht länger profitabel.<sup>23</sup>

Moskau rechtfertigt die Kooperation in Bushehr damit, dass es hypothetisch zwar möglich sei, das verwendete Plutonium zum Bau einer Nuklearwaffe zu nutzen, jedoch Bedingungen vereinbart worden seien, dies zu verhindern. Tatsächlich forderte Russland Iran dazu auf, das Zusatzprotokoll zum *IAEO Safeguards-Agreement* zu unterzeichnen. Als dies Ende 2003 geschah, äußerte sich die russische Seite zufrieden, nun beruhigt mit der Zusammenarbeit fortfahren zu können. Als es Iran in der Folge jedoch unterließ, das Zusatzprotokoll auch zu ratifizieren, beließ es Russland lediglich bei weiteren Aufforderungen, bestand allerdings 2005 auf einem Abkommen, das die vollständige Brennstoffrückgabe regelt.

Die Zusammenarbeit Russlands mit Iran in Bushehr ist seit Mitte der 1990er Jahre ein nicht unerheblicher Streitpunkt in den Beziehungen zu den USA. In diesem Zusammenhang wird Bushehr in Russland vielerseits als Symbol für eine unabhängige Politik des Landes angesehen: Die in ihrem Stolz verletzte Elite des Landes möchte am Beispiel Bushehr demonstrieren,

Vergleich zu noch 40 Prozent im vergangenen September. Anscheinend wirkt sich die US-Kampagne aus, westliche Banken von Dollartransaktionen mit Iran abzubringen. Vgl. Ben Hall, Gareth Smyth, »UK to reveal GPS data in Iran clash«, in: *Financial Times*, 28.03.2007.

<sup>22</sup> Vgl. »Russians yanking key personnel from Iranian nuclear site«, in: *International Herald Tribune*, 20.03.07.

<sup>23</sup> Vgl. Andrew E. Kramer, »Russia's nuclear power company finds business is good« – in Iran and elsewhere, in: *International Herald Tribune*, 07.06.2007.

dass sie sich über westliche Vorstellungen hinwegsetzen kann.<sup>24</sup>

Im Übrigen ist das russische Engagement in Bushehr ein nicht unwesentlicher „bargaining chip“ gegenüber dem Westen. Für jede Konzession, für jede Modifikation der eigenen Position in der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm versucht Russland im Gegenzug Zugeständnisse seitens des Westens zu erlangen.

Von wirtschaftlichem Interesse wäre zudem die Realisierung eines Vorschlags gewesen, den Russland zu Beginn des Jahres 2006 in die internationalen Bemühungen einbrachte: Im Rahmen eines Jointventures sollte Iran die Möglichkeit erhalten, unter Kontrolle der IAEO auf russischem Territorium gemeinsam Uran für die zivile Nutzung anzureichern. Im Gegenzug sollte Teheran auf den Besitz eines vollständigen Nuklearkreislaufs verzichten. Neben der Anreicherung in industriellem Maßstab auf russischem Territorium stand zur Diskussion, ob Iran zusätzlich zugestanden werden könne, Pilotanlagen in Natanz zu betreiben.

Bei einer Annahme des Angebots wäre es zum Bau umfangreicher Urananreicherungsanlagen gekommen und Russland zu verdanken gewesen, dass eine schwere Krise beigelegt, gar die Gefahr eines Krieges gebannt worden wäre. Jedoch lehnte Iran den Vorschlag nach langwierigen Verhandlungen ab. Die Regierung hatte auf der Urananreicherung zu friedlichen Zwecken in Iran selbst bestanden und einen Verzicht auf die Anreicherungstechnologie abgelehnt – Forderungen, über die keine Einigung erlangt werden konnte.

## Schlussbetrachtungen

Russland befindet sich in Hinblick auf Iran in einem Dilemma: Es lehnt eine atomare Bewaffnung Irans ab, hat jedoch gleichzeitig kein Interesse an Sanktionen gegen einen seiner engen (Wirtschafts-) Partner, der zuverlässiger Abnehmer sowohl von nuklearen Technologien als auch von militärischen Gütern ist.

Dieser Zwiespalt, widerstreitende Interessen vereinbaren zu wollen, bestimmt Russlands Position gegenüber Iran, die zu einer widersprüchlichen Iranpolitik allgemein und nur wenig nachdrücklichen Nichtverbreitungspolitik im Besonderen geführt hat. Zwar hat Moskau immer wieder Mahnungen an Tehe-

ran ausgesprochen, den Nichtverbreitungsvertrag einzuhalten und mit der IAEO zusammenzuarbeiten. Da es an einer politischen Lösung der Krise mittels Diplomatie interessiert ist, hat es die europäischen Vermittlungsbemühungen unterstützt und sich in letzter Konsequenz weder den Sanktionen im Dezember 2006 noch denen im März 2007 widersetzt. Allerdings geschah dies erst, nachdem die Möglichkeit, im UN-Sicherheitsrat Widerstand zu leisten, ausgeschöpft war und nachdem es Russland angesichts der unnachgiebigen Haltung Irans im vergangenen halben Jahr zunehmend schwer gefallen ist, Iran gegenüber Forderungen der USA und Europas in Schutz zu nehmen. Auch sorgte es dafür, die Sanktionen möglichst schwach ausfallen zu lassen. Je länger jedoch Russland Iran vor wirksamen internationalen Sanktionen schützt, desto näher kommt Iran einer Nuklearwaffenoption.

Der Vorschlag eines Jointventures zur Urananreicherung auf russischem Territorium war ein geschickter Schachzug Putins, sich exponiert als Schlichter und verantwortungsbewusst handelnde internationale Ordnungsmacht in den Konflikt einzubringen.

Auffällig ist seit Teherans Ablehnung des Angebots jedenfalls eine Eintrübung des russisch-iranischen Verhältnisses und auf russischer Seite eine steigende Besorgnis über das fortschreitende Atomprogramm. Neben dem allgemeinen Rückgang des Handels macht sich dies in dem Bemühen um eine stärkere Kontrolle der Rüstungsexporte bemerkbar. Weitere Anzeichen sind das Aussetzen der Brennstofflieferungen, der Abzug von russischem Personal in Bushehr sowie erstmals deutlich auch öffentlich geäußerte Kritik.

Dennoch zeigt der Kreml weiterhin keine Bereitschaft, die Doppelargumentation hinsichtlich der russischen Rüstungsexporte sowie der Kooperation in Bushehr aufzugeben – das wirtschaftliche Interesse an einer Fortsetzung der Rüstungsexporte sowie der Kooperation im Bereich der zivilen Nukleartechnologie überwiegt bislang die Sicherheitsbedenken.

Politisch ist es Russland ein wesentliches Anliegen, jede Form eines militärischen Vorgehens zu verhindern, ebenso wie einen Regimewechsel in Iran. Möchte sich Moskau in den kommenden Jahren als globale Ordnungsmacht beweisen, muss es jedoch international Verantwortung übernehmen.

Dabei muss Moskau darauf bedacht sein, seine Politik sowohl dem Iran als auch der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber nicht dem Vorwurf der Inkohärenz ausgesetzt zu sehen.

<sup>24</sup> Vgl. Juri Fedorow, »Trump and Trap. Russian Policy on Iran«, in: *The World Today*, Februar 2007, S. 5-6.

Vor allem vor dem Hintergrund der russischen Präsidentschaftswahlen im März 2008 hat Putin jedoch ein großes Interesse, sich zu profilieren, nicht zuletzt mit Hilfe des Feindbildes USA.

Schon am 22. Juli läuft allerdings die in der Resolution 1747 gestellte 60tägige Frist des UN-Sicherheitsrats an Iran ab: Sollte es Teheran erneut ablehnen, die Urananreicherung zumindest auszusetzen und die Anlage seines Atomprogramms vollständig unter die Kontrolle der IAEO zu stellen, käme es zu einer weiteren Zuspitzung des Konfliktes.

Vor diesem Hintergrund wird sich zeigen müssen, ob es den USA und Russland im Schulterschluss mit den Europäern und China erneut gelingt, angesichts der noch verschärften Situation eine gemeinsame Position gegenüber Teheran zu vertreten.